

Alle sollen teilhaben

Eine aktuelle Studie des Berlin-Instituts untersucht neue Ansätze der Integrationspolitik am Beispiel ausgewählter Kreise und kreisfreier Städte

Berlin, 27. September 2023

Der demografische Wandel und seine Folgen sowie die häufig klammen Kommunalkassen beeinträchtigen schon heute den Alltag vieler Menschen: Dorfläden und Gaststätten schließen, Ärzt:innen finden keinen Nachwuchs für ihre Praxen, vielerorts mangelt es an Fachkräften und Infrastruktur. Zuwanderung und ein konstruktiver Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt können dabei helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Das erfordert ein Umdenken, denn gerade strukturschwache Regionen sind bei Zuwandernden bislang wenig beliebt. Eine neue, von der Stiftung Mercator geförderte Studie des Berlin-Instituts beschreibt, wie Landkreise und kreisfreie Städte Integration neu denken und mithilfe einer teilhabeorientierten Integrationspolitik die gesellschaftliche Teilhabe aller Einwohner:innen – zugewanderter wie alteingesessener – verbessern.

„Teilhabeorientierte Integrationspolitik soll die Chancen aller Menschen vor Ort stärken und Hürden in allen wichtigen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Gesundheit oder Wohnen abbauen“, sagt Frederick Sixtus, Mitautor der Studie. Kreis- und Stadtverwaltungen sehen Integration nicht als losgelöstes Themenfeld, sondern als Teil der Sozialpolitik. Vom Antrag im Bauamt bis zur Familienberatung sollen alle Abteilungen Teilhabe und Integration mitdenken. Dadurch stehen Verwaltungsleistungen und Maßnahmen der Integrationsarbeit im besten Fall allen offen, die benachteiligt sind. „Die Angebote vor Ort wenden sich so an alle Bewohner:innen, die davon profitieren können. Warum sollte beispielsweise das Wissen über die eigenen Rechte als Mieter:in nur für einen Teil der Menschen wichtig sein?“, so Sixtus weiter.

Immer mehr Kreise und kreisfreie Städte denken Integration auf diese Weise neu und schreiben sich teilhabeorientierte Integrationspolitik auf die Fahne. Das Berlin-Institut hat 2021 alle Integrationskonzepte deutscher Kreise und Städte analysiert. Von den 400 Kreisen und kreisfreien Städten verfügten 221 bereits über ein Integrationskonzept. Seit 2016 zählen hierzu auch viele ländliche Regionen. Rund zwei Drittel der Integrationskonzepte legen ein teilhabeorientiertes Integrationsverständnis zugrunde. Ihnen geht es im Kern um die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. Sie wertschätzen die internationale Vielfalt vor Ort als Potenzial und begreifen sie vor allem als eines: den Normalfall.

Zuzug aus dem Ausland ist eine Chance für die Regionen

„Die Kreise und Städte reagieren damit auch auf aktuelle Herausforderungen“, sagt Catherina Hinz, Direktorin des Berlin-Instituts, „denn gerade in vielen ländlichen Regionen Deutschlands schrumpft die Bevölkerung und der Altersdurchschnitt der Bewohner:innen steigt. Vielerorts kämpfen die Verantwortlichen mit klammen Kassen.“ Diese Entwicklung geht oft mit einer wegbrechenden Versorgung einher: Busse fahren nur noch zweimal täglich, Schulen fehlen Lehrkräfte, Handwerksbetriebe und Pflegedienste finden keine Auszubildenden. Die Regionen müssen sich daher verstärkt auch um neue Mitbürger:innen aus dem Ausland bemühen. Diese können den Arbeitskräftemangel zumindest teilweise abmildern und dazu beitragen, Schulen, Busse oder kleine Einkaufsgelegenheiten zu erhalten. Hier setzt die teilhabeorientierte Integrationspolitik an: Indem sie die Teilhabe aller Einwohner:innen stärkt, soll die Region attraktiver werden – für alle die schon da sind und für alle potenziellen Neubürger:innen.

Teilhabeorientierte Integrationspolitik im Praxistest

Um zu untersuchen, wie teilhabeorientierte Integrationspolitik in der Praxis funktioniert, hat das Berlin-Institut sechs Landkreise und kreisfreie Städte mit teilhabeorientierten Konzepten über anderthalb Jahre bei ihrer Integrationsarbeit begleitet: Neumünster in Schleswig-Holstein, Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt, das Altenburger Land in Thüringen, den Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg, den Wetteraukreis in Hessen sowie den Kreis Lippe in Nordrhein-Westfalen. Zahlreiche Interviews und Gruppengespräche mit Mitarbeitenden in der Verwaltung, Beschäftigten bei Trägern der Integrationsarbeit, Teilnehmenden von Maßnahmen sowie ehrenamtlich Engagierten geben Einblick, wie teilhabeorientierte Integrationsarbeit gelingt, auf welche Hürden die Beteiligten stoßen und wie sie diese überwinden.

Geld, politischer Rückhalt und gute Kooperation im Netzwerk sind unerlässlich

„In allen Regionen setzen sich Menschen leidenschaftlich für mehr Teilhabe ein“, so Adrián Carrasco Heiermann, Mitautor der Studie. „oft fehlt es aber an einer durchgängigen Finanzierung ihrer Arbeit.“ Häufig laufen die Fördermittel nach wenigen Jahren aus, der Bedarf, Teilhabe für alle zu stärken, hingegen besteht fort. Wichtig ist für die Integrationsbeauftragten auch, dass die Lokalpolitik, also Kreistage und Stadträte, und die Verwaltungsspitzen mitziehen, damit alle Maßnahmen rund um Teilhabe, Diversität und Antidiskriminierung auch verbindlich umgesetzt werden. „Und nicht zuletzt kommt es vor allem darauf an, dass die lokalen Netzwerke aus Verwaltungen, Trägern, Vereinen und freiwillig Engagierten gut zusammenarbeiten und eine Vision für das Zusammenleben teilen“, so Carrasco Heiermann weiter.

Was können die Verantwortlichen vor Ort tun?

Eine Blaupause für mehr Teilhabe existiert nicht, dafür unterscheiden sich die Ausgangslagen zwischen den Regionen zu stark – von der Zuwanderungsgeschichte über die sozioökonomische Situation und politischen Kräfteverhältnisse und die Gesetze in den Bundesländern bis hin zu den Netzwerken vor Ort. Die Verantwortlichen verfolgen daher vielfältige Strategien, um eine teilhabeorientierte Integrationspolitik zu verwirklichen.

Sie werten zum Beispiel soziodemografische Daten aus und führen unzählige Gespräche, um die Bedürfnisse vor Ort zu ermitteln. In Workshops sensibilisieren sie ihre Kolleg:innen für den Umgang mit eigenen Vorurteilen, für barrierearme Kommunikation und Diversität. Sie werben in unermüdlicher Überzeugungsarbeit bei Kommunalpolitiker:innen und anderen Schlüsselpersonen für ihren teilhabeorientierten Ansatz. Und vor allem koordinieren sie die lokalen Netzwerke und regen die Beteiligten an, Angebote zu entwickeln, die offen für alle Bewohner:innen sind, die davon profitieren können.

Auf Konzepte sollten Taten folgen

Viele Kreise und Städte haben sich eine teilhabeorientierte Integrationspolitik bereits vorgenommen, etwa indem sie diese in einem Integrationskonzept festgeschrieben haben. „Doch die für Integration verantwortlichen Personen müssen kontinuierlich dafür kämpfen, dass diese Konzepte tatsächlich umgesetzt werden“, sagt Catherina Hinz und fordert: „Landrät:innen und Oberbürgermeister:innen sollten ebenso wie die Mitglieder der Kreistage und Stadträte Zuwanderung als Chance begreifen und teilhabeorientierte Integrationspolitik als Instrument verstehen, das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft zu gestalten.“

Die Publikation

„Alle sollen teilhaben. Wie Kreise und Städte Integration neu denken“

steht Ihnen als Download zur Verfügung unter: <https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/alle-sollen-teilhaben-1>

Für Interviewanfragen wenden Sie sich gerne an:

Nele Disselkamp, disselkamp@berlin-institut.org, 030 31 01 73 24

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Die Studie wurde gefördert von der Stiftung Mercator.

Stiftung Mercator

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige und gemeinnützige Stiftung, die auf der Grundlage wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung handelt. Seit 1996 tritt sie für eine solidarische und partizipative Gesellschaft ein. Dazu fördert und entwickelt sie Projekte, die Chancen auf Teilhabe und den Zusammenhalt in einem diverser werdenden Gemeinwesen verbessern. Die Stiftung Mercator setzt sich für ein weltoffenes, demokratisches Europa ein, eine an den Grundrechten orientierte digitale Transformation von Staat und Gesellschaft sowie einen sozial gerechten Klimaschutz. Die Stiftung Mercator engagiert sich in Deutschland, Europa und weltweit. Dem Ruhrgebiet, Heimat der Stifterfamilie und Stiftungssitz, fühlt sie sich besonders verbunden.

www.stiftung-mercator.de

www.aufrohr-magazin.de – Das Magazin der Stiftung Mercator